

Aus dem Hessischen Landtag

24.03.2017

Eva Goldbach MdL

Ländlicher Raum, Kommunales, Petitionen

Aktuelle Stunde

Verlagerung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Raum

In Lauterbach, Fritzlar, Nidda, Michelstadt, Bensheim und Limburg-Weilburg entstehen dank der Reform der hessischen Steuerverwaltung attraktive und sichere Arbeitsplätze für qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das wird den Gemeinden und ihrer Umgebung einen nachhaltigen positiven Impuls geben.

Als „goldrichtige Grundsatzentscheidung“ begrüßen die GRÜNEN die von Finanzminister Schäfer bekannt gegebene Reform der Steuerverwaltung mit dem Ziel, Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen Hessens zu stärken. Das ist besonders großartig für die Beamtinnen und Beamten im Mittleren Dienst. Denn in großen



Städten wie Frankfurt ist mit ihren Einkommen eine Wohnung schwerer zu bezahlen, als beispielsweise im Vogelsbergkreis. Außerdem bringen die Beamtinnen und Beamten ihre Familien mit, was die Kaufkraft im ländlichen Raum weiter stärkt. Die dauerhafte Verlagerung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Raum ist genau das was wir brauchen. Beispielsweise wird im Finanzamt Alsfeld-Lauterbach in der Verwaltungsstelle Lauterbach die Hessische Zentralstelle für Grunderwerbsteuer eingerichtet. Mit der Zentralisierung wird Arbeit für rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Lauterbach verlagert.

Besonders für **Frauen** bieten die Arbeitsplätze in der Verwaltung gute Chancen. Die Lohnunterschiede sind im ländlichen Raum größer als in den Ballungsgebieten. Das haben wir aktuell bei der Vorstellung des ‚Lohnatlas Hessen‘ zum Equal Pay Day gesehen. Und das hängt schlicht an den mangelnden Arbeitsmöglichkeiten für Frauen auf dem Land. In der Steuerverwaltung gibt es gute Chancen gerade für Frauen: Mit sicheren Arbeitsplätzen, die auch familienfreundlich sind und Aufstiegschancen bieten.

Wir freuen uns für jeden in den vielen hessischen Kleinstädten und Dörfern, der in seiner Heimat Wohnen und Arbeiten verbinden kann. Wer nicht zum Pendeln gezwungen ist, hat mehr freie Zeit für die Familie oder auch für ehrenamtliches

Engagement. Er oder sie belebt das ländliche Hessen im wahrsten Sinne des Wortes. Im ersten Reformschritt will das Finanzministerium insgesamt rund **200 Arbeitsplätze** in die ländlicheren Finanzämter Hessens verlagern. Selbstverständlich wird dies im Einvernehmen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschehen.

[Eine Präsentation mit weiteren Informationen zur Strukturreform finden Sie hier](#)

KIP II - Investitionsprogramm für den Schulbau

Gute Nachricht für meinen Heimatkreis **Vogelsbergkreis**: Er erhält aus dem neuen Kommunalen Investitionsprogramm (KIP II) 11.725.288 Euro. Auch der **Landkreis Gießen** kann sich über 15.925.246 Euro freuen. Die Mittel sind für die Modernisierung und Erweiterung der Schulen vorgesehen.

Welche **Schulbauprojekte** im Vogelsberg davon im Einzelnen profitieren werden, steht noch nicht genau fest. Nach Auskunft der Kreisverwaltung stehen zwei Projekte oben auf der Agenda: Die Sanierung der Oberwaldschule Grebenhain und die Sanierung der Vogelsbergschule (Berufsschule) in Lauterbach. Im Landkreis Gießen gibt es mit 56 Schulen eine wohnortnahe Schulvielfalt. Bei den Gebäuden gibt es immer Renovierungsbedarf oder es sind bauliche Änderungen notwendig, weil sich die Aufgaben der Schulen stetig ändern.



In die hessischen Schulen fließen insgesamt über **500 Millionen Euro**. Wie schon beim ersten Kommunalen Investitionsprogramm (KIP I) ergänzten sich auch jetzt ein Bundes- und ein Landesprogramm, dieses Mal mit Volumen von 440 Mio. bzw. 73 Mio. Euro. Neu ist, dass die gesamten Mittel jetzt ausschließlich für Schulgebäude eingesetzt würden. In beiden Programmen ist ein Eigenanteil der Kommunen von 25 Prozent enthalten, bei dessen Finanzierung das Land hilft und einen großen Teil der Zinsen übernimmt. Wir sehen gemeinsam den Bedarf und ziehen beim Schulbau an einem Strang.

[Weitere Infos zum KIP finden Sie hier](#)

Bereits drei Kommunen in Hessen verlassen den Schutzschirm

Im Jahr 2012 hat das Land Hessen zum Abbau von Altschulden mit dem Schutzschirmprogramm unterstützt. Das Land bot den besonders konsolidierungsbedürftigen Kommunen Hilfen an. Es stellte zur Schuldentilgung rund 2,8 Milliarden Euro zur Verfügung und für Zinsdiensthilfen 400 Millionen Euro. In einer engen



Kooperation hat das Land in Gesprächen mit jeder einzelnen Kommune ein individuelles Konsolidierungsprogramm vereinbart. Die Verantwortlichen in den **Kommunen haben Dank und Anerkennung verdient**, denn sie mussten schwierige Entscheidungen treffen. Es ist nie populär, öffentliche Leistungen kritisch zu überprüfen und Gebühren und Steuern zu erhöhen. Im Interesse einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Haushaltspolitik war aber genau das nötig.

Jetzt wurde bereits die dritte Kommune aus dem Schutzschirm entlassen: Nach Kassel und **Marburg-Biedenkopf** auch der **Wetteraukreis**. Voraussetzung für eine Entlassung aus dem Schutzschirm sind ausgeglichene Ergebnishaushalte in drei aufeinanderfolgenden Jahren sowie deren Bestätigung durch geprüfte Jahresabschlüsse. Das haben diese drei Kommunen dank großer eigener Anstrengungen und dank der Hilfe des Landes geschafft.

Gute Nachrichten gibt es aus dem **Landkreis Gießen**: Das Regierungspräsidium hat den Doppelhaushalt des Kreises für 2017 und 2018 genehmigt. Für das Haushaltsjahr 2017 ist ein Überschuss in Höhe von 2,4 Millionen Euro geplant und für 2018 ein Überschuss in Höhe von 1,8 Millionen Euro. Weil auch die Jahre 2015 und 2016 mit einem Überschuss abgeschlossen wurden, könnte der Kreis schon im kommenden Jahr aus dem Schutzschirm entlassen werden, statt wie geplant erst im Jahr 2023. Damit wird die vierte Kommune den Schutzschirm deutlich früher verlassen als ursprünglich geplant.

Erfreulich entwickeln sich auch die kommunalen Haushalte. Die Finanzierungssalden der Kernhaushalte aller hessischen Kommunen verbessern sich deutlich. In der Summe erzielten in 2016 alle Kommunen zusammen einen Überschuss von 329 Millionen Euro, während in 2015 der Saldo noch minus 145 Millionen betrug.

[Mehr zum kommunalen Schutzschirm erfahren Sie hier](#)

Einzigartiger hessischer Klimaschutzplan

Die GRÜNE Umweltministerin Priska Hinz hat mit dem [Klimaschutzplan](#) einen Meilenstein der deutschen Klimaschutzpolitik vorgelegt. Bis 2050 will Hessen klimaneutral sein und so seinen Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutzziele von Paris leisten. Im hessischen Klimaschutzplan wurden spezifische Lösungen für Hessen entwickelt. Die Maßnahmen decken dabei alle relevanten Handlungsfelder ab: von der Landwirtschaft über die Wirtschaft, den Energiesektor zum Verkehr bis hin zum Gebäudesektor und der Gesundheit. Wir legen den Fokus klar auf gemeinsames Handeln mit allen Akteuren. 140 konkrete Maßnahmen wurden unter einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitet und daraus wiederum für die kommenden zwei Jahre prioritäre Maßnahmen entwickelt, die mit 140 Millionen Euro finanziert werden.



[Für mehr Informationen klicken Sie hier.](#)

Tarifabschluss für Hessen

Der Landtag dankt den Beschäftigten des Landes Hessen für ihre sehr gute Arbeit. Auch dank der Leistungen aller Beschäftigten des Landes steht Hessen heute besser da als zuvor und es sind neue Spielräume für die Bezahlung der Beschäftigten entstanden.



Tarifabschluss

Der aktuelle Tarifabschluss bringt den rund 45.000 Tarifbeschäftigten des Landes eine deutliche Lohnsteigerung. Rückwirkend zum 1. März 2017 steigen die Löhne und Gehälter um 2 % und zum 1. Februar 2018 um weitere 2,2 %. Eine Mindesterhöhung um 75 € im Jahr 2017 führt zu zusätzlichen Verbesserungen für die unteren Entgeltgruppen. Auszubildende erhalten zu den beiden Erhöhungstichtagen jeweils 35 € mehr und einen zusätzlichen Urlaubstag.

Weitere Verbesserungen im Tarif

Zur Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Wettbewerb wird eine neue zusätzliche Endstufe in den Entgeltgruppen 9 bis 15 als zusätzliche Möglichkeit der Gehaltssteigerung für langjährig Beschäftigte eingeführt. Durch das neu eingeführte Prinzip stufengleicher Höhergruppierung werden Beförderungen noch attraktiver und setzen damit einen Anreiz für Leistungsträger. Zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften bestehen nunmehr Möglichkeiten, Fachkräften eine Zulage von monatlich bis zu rund 1.000 € zu gewähren. Davon werden Ärzte, Ingenieure und technische Berufe im Bereich IT profitieren.

Beamtenbesoldung

Das Tarifergebnis wird auf die Beamtenbesoldung übertragen. Die Bezüge der Beamtinnen und Beamten und der Versorgungsberechtigten werden zum 01. Juli 2017 um 2 Prozent und zum 01.02.2018 um weitere 2,2 Prozent erhöht. Die Wochenarbeitszeit wird von 42 Stunden auf 41 Stunden verringert. Das Lebensarbeitszeitkonto wird beibehalten und trägt zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes bei. Es ermöglicht Freistellungen in besonderen Lebenssituationen wie bei der Betreuung von Kindern oder Pflege von Angehörigen.

[Mehr Informationen finden Sie hier](#)

Job- und Schülerticket

Zum Tarifabschluss gehört außerdem das Jobticket. Ab 1. Januar 2018 können sämtliche Tarifbeschäftigte des Landes Hessen auch außerhalb ihres Arbeitswegs hessenweit kostenlos den Nah- und Regionalverkehr nutzen und kostenfrei je nach den jeweiligen Beförderungsbedingungen der Verkehrsverbände

Kinder sowie ab 19:00 Uhr und am gesamten Wochenende auch Partnerinnen und Partner mitnehmen. Die Versteuerung des **Jobtickets** erfolgt pauschal durch das Land, so dass die Beschäftigten dafür keine Beiträge in der Sozialversicherung und keine Lohnsteuer zahlen müssen.



Mit dem **Schülerticket** für ganz Hessen sind vom kommenden Schuljahr an Kinder und Jugendliche für einen Euro am Tag hessenweit mobil, ohne über Tarifzonen, Waben und Anschlusstickets nachdenken zu müssen. Damit ist das Ticket der größte Fortschritt für den umweltfreundlichen Verkehr seit der Gründung der Verkehrsverbände in Hessen. Wer später studiert, kann das Semesterticket nutzen; beim Land Hessen und bei vielen Arbeitgebern gibt es kostenlose Jobtickets. Auch das wird sicherlich eine Signalwirkung für Kommunen und für weitere Arbeitgeber haben.

Lacher der Woche:

Ronellenschutz und Datenfitsch

Abgeordneter Jürgen Frömmrich:
„Wir stimmen Herrn Ronellenschutz zu!“

Da ist das Amt des Datenschutzbeauftragten
des Landes Hessen in seinen Namen gerutscht.

Er *heißt* Ronellenfitsch und
ist Datenschutzbeauftragter.

KURZ NOTIERT:

GESETZ ÜBER HILFEN FÜR PSYCHISCH KRANKE



Im Entwurf für ein Gesetz für Hilfen für psychisch Kranke wurden zusätzliche Anregungen von Expertinnen und Experten aufgenommen. Der moderne Entwurf gibt Prävention und Unterstützung Vorrang vor Zwang. Betroffene und ihre Angehörige, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kommunen und andere Akteure haben mitgewirkt. Grundgedanke des Gesetzes ist es, Menschen mit psychischen Problemen und ihren Familien etwa über den sozialpsychiatrischen Dienst früh Hilfe anzubieten, damit eine Unterbringung erst gar nicht nötig wird. Ambulante, familien- und wohnortnahe Hilfe hat klaren Vorrang vor stationärer Behandlung. Diesen Grundsatz unterstützen wir durch Anlaufstellen, die rund um die Uhr erreichbar sind. Die Änderungen stärken auch die Rechte untergebrachter Personen: Sie sollen uneingeschränkt zu ihren Ärzten und

Anwältinnen Kontakt aufnehmen können. Geregelt wird auch, dass die Zuständigkeit für Kinder- und Jugendliche in der Zuständigkeit des Jugendamtes verbleibt.

GRATULATION AN JOCHEN PARTSCH



Die hessischen GRÜNEN gratulieren dem bereits im ersten Wahlgang wiedergewählten Darmstädter Oberbürgermeister Jochen Partsch herzlich zu seinem Erfolg. Damit ist der Weg frei für die Fortsetzung einer nachhaltigen und nach vorne gewandten Politik für Darmstadt, die Ökologie, Sozialpolitik und Bildung zusammen denkt, die Stadtgesellschaft zur Mitwirkung einlädt und Entscheidungen trifft, um die Wissenschaftsstadt weiterzuentwickeln. Jochen Partsch ist längst zur Identifikationsfigur für eine Stadt im Aufbruch geworden: Bürgernähe, Dialogbereitschaft, Vielfalt, gute Kinderbetreuung, gerechte Bildungschancen, Umweltbewusstsein, die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, fairer Umgang mit Flüchtlingen und der verantwortungsvolle Umgang mit den finanziellen Ressourcen der Stadt zeichnen Darmstadt unter seiner Führung aus.

UMWELTMINISTERIN PRISKA HINZ LÄSST DIE HENNEN WIEDER RENNEN



Die Ministerin hat die Stallpflicht für Geflügelhalter, die wegen der Vogelgrippe galt, wieder aufgehoben. Die Zahl der Verdachtsfälle ist weiter rückläufig. Priska Hinz bedankte sich bei den Geflügelhalterinnen und -haltern für ihr Verständnis und ihre Geduld.